

## **ANTRAG ZUR EINLEITUNG EINES VERFAHRENS ZUR MÖGLICHEN UMBENENNUNG DER HINDENBURGSTRASSE IN LÜNEBURG**

Herr Ratsvorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

manche von Ihnen mögen nun innerlich aufstöhnen: schon wieder. Schon wieder die Diskussion über einen Straßennamen und schon wieder die altbekannten Argumente. Schon wieder die gegenseitigen Vorwürfe: Man wolle Geschichte ausradieren. Oder: wer heute noch eine Straße mit diesem Namen toleriert, hat nichts aus unserer Geschichte gelernt. Oder: man muss die Geschichte auch mal ruhen lassen können.

Das ganze Spektrum auch heute nochmals in den Leserbriefen.

Und dann: Hindenburg als greiser Hüter der verfassungsgemäßen Ordnung? Oder Hindenburg der Steigbügelhalter für Hitler. Hindenburg der vertrottelte Greis oder Hindenburg der eiskalt

kalkulierende reaktionäre Monarchist? Alles schon gehört? Wir haben wirklich wichtigeres zu tun?

Wir haben anderes zu tun, was wichtig ist, aber dies ist eben auch wichtig. Dies haben wir auch zu tun! Weil es unser Selbstverständnis berührt, weil es mit der Frage zu tun hat, wie wir uns als Stadt jetzt und in Zukunft darstellen wollen. Um das jedenfalls vorweg zu nehmen: Lüneburg ist für uns eine Stadt der Verständigung und der Toleranz, der demokratischen Kultur und des friedfertigen Miteinanders – und, sein wir ehrlich: für nichts davon steht Hindenburg!

Für mich als Sozialdemokraten wiegt eines besonders schwer: vor genau achtzig Jahren, am 21. März 1933, zur Eröffnung des ersten „nach-demokratischen“ Reichstages, ließen sich Hitler und Hindenburg gemeinsam in Potsdam feiern. Man nannte das eine „Nationale Versöhnungsfeier“. Sie kennen vermutlich alle die Bilder: Hindenburg in Uniform, Hitler in Zivil, die alte und die neue Ordnung. Die Brücke war geschlagen vom Kaiserreich zur „nationalen Erhebung“ – Hitler stellte sich an der Seite Hindenburgs in die Tradition der Kaiserzeit.

Zu diesem Zeitpunkt waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wie viele andere auch, schon verhaftet und interniert, auf dem Weg in die Konzentrationslager.

Wir stellen den Namen Hindenburgstraße nicht deswegen in Frage, weil wir Geschichte vergessen haben oder vergessen wollen, sondern weil wir uns erinnern. Weil wir wissen, wer damals Hitler zu verhindern versucht hat und wer nicht, weil wir wissen, wer bei jener Feier dabei war und wer nicht!

Was wollen wir tun? Und warum?

Wir wollen einen Dialog führen. Mit einander und mit den Menschen in dieser Stadt. Nicht nur aber auch mit den Anwohnern in der betroffenen Straße. Wir wollen fortsetzen und vertiefen, was jetzt schon in den vielen Leserbriefen zum Thema begonnen hat: eine offene Diskussion und – in erster Linie, das sehen wir genauso wie die Verwaltung – eine Aufklärung über die Rolle Hindenburgs in der Weimarer Republik. Und, dieser eine Hinweis sei erlaubt, da geht es nicht nur um das Jahr 1933. Da geht es genauso um das Jahr 1918, um die „Dolchstoßlegende“ etwa, es geht um Hindenburgs Rolle am Anfang wie am Ende der Weimarer Republik!

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang Markus Lewe zitieren, den Oberbürgermeister der Stadt Münster, ein Mitglied der CDU. Er bezieht sich dabei auf die Rückbenennung des dortigen Hindenburgplatzes in Schlossplatz: „Das bisherige Namenspatronat Hindenburgs ist angesichts jüngerer wissenschaftlicher Erkenntnisse und eines dadurch veränderten Geschichtsbildes nicht mehr haltbar. Hindenburg wollte hinter die Demokratie von Weimar zurück und die freiheitliche Ordnung bewusst in eine autoritär-obrigkeitliche umwandeln.“ Ende Zitat.

Diese Erkenntnis stand in Münster am Ende eines Prozesses. Es gab dort Informationsveranstaltungen, eine lange Reihe von Leserbriefen, eine Ausstellung sogar. Einen ähnlichen Dialog wollen wir auch hier in Lüneburg in Gang setzen. Dabei wird es nötig sein, sich mit dem neuesten Stand der Forschung auseinanderzusetzen. Bei diesem Prozess sollten wir uns wissenschaftlich begleiten, informieren und beraten lassen. Eine Grundlage mag die maßgebende Biographie von Wolfram Pyta aus dem Jahr 2007 sein, die mit dem Landesforschungspreis des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet wurde. Zur Versachlichung der Debatte scheint mir unerlässlich, dass wir uns lösen von vertrauten Feindbildern oder schnellen Urteilen. Und dass wir, bitte, nicht Äpfel und Birnen, in diesem Falle Hindenburg und Ebert oder Trebchen und Albrecht, mit einander vergleichen.

Das alles ist natürlich nicht in erster Linie eine Aufgabe der Verwaltung. Es ist unsere Aufgabe! Lassen Sie uns das gemeinsam organisieren!

Wir wollen eben nicht heute entscheiden, nicht ohne den Dialog. Nicht uns selbst beweisen, was wir für tolle Antifaschisten sind. Wir wollen diesen Straßennamen nicht einfach verschwinden lassen, sondern wir wollen dass wir alle miteinander wissen, warum wir dies gegebenenfalls tun. Wir wollen auf diesem Weg möglichst viele Menschen überzeugen und mitnehmen. Wir wollen Offenheit und Transparenz, Sachlichkeit und Toleranz in der Diskussion. Wir wollen eben nicht wie Hindenburg handeln.

Wir müssen in diesem Zusammenhang aber auch gemeinsam darüber nachdenken, wie wir zukünftig und grundsätzlich mit eventuell „belasteten“ Straßennamen umgehen wollen. Diese Diskussion wird mit der Hindenburgstraße nicht beendet sein. Wir sind der Überzeugung, bei der Beurteilung von Straßennamen sollten wir uns von eben den Grundsätzen leiten lassen, die ich anfangs erwähnte: welche Art von Stadt wollen wir sein? Welche Signale wollen wir senden? Und passen die Namensgeber unserer Straßen dazu? Dazu gehört auch: wie bekommen wir eine auf Fakten und weniger auf

Stimmungen basierende Diskussion hin. Und gelingt es uns, in diesen Dingen gemeinsam zu agieren? Unaufgeregt und mit Augenmaß.

Im Rahmen dieser Abwägung ist dann aus meiner Sicht unbedingt zu berücksichtigen, dass Straßennamen eine Ehrung darstellen, nicht mehr und nicht weniger. Sie sind kein Instrument der Geschichtsaufarbeitung. Sie eignen sich nicht zur kritischen Würdigung einer komplexen Persönlichkeit. Sie verweisen auf die Verdienste einer Person, für diese Stadt und oder weit darüber hinaus. Und das wird auch durch die Anbringung von Hinweisschildern nicht anders.

Ich bitte Sie also, unserem Antrag zuzustimmen und einen Prozess in Gang zu setzen, der zum Austausch von Fakten und Meinungen, zu mehr Information, schließlich hoffentlich zu einer weithin getragenen Entscheidung führt. Ein Prozess, der uns klarer macht, welche Stadt wir sein wollen und wie wir uns nach außen darstellen wollen. Wir sollten uns diesen Prozess nicht zu leicht machen, nicht vorschnell entscheiden, aber doch den Mut zu einer eindeutigen Haltung haben. Ich hoffe sehr, Sie alle sind dabei!